

Wesche, die letzte Erneuerung des Waffenstillstandes habe ihm die Augen geöffnet. Uns sind die Augen längst geöffnet, seitdem gerade die Gruppe der deutschen Interpellanten mit ihrer Politik den Niedergang unserer Vaterlandes herbeiführt hat. (Stürmische Zustimmung bei der Mehrheit, großer Lärm rechts.) Gerade die Rechte ist an dem Wilson-Frieden entgegen, und heute klammert sich der Vorkämpfer an den Wilson-Frieden, den er früher verhöhnt hat. (Sehr gut bei der Mehrheit.) Welche enorme amtlige Tätigkeit war, daß ich Tag für Tag Sachverständige gehört habe. Eine Denkschrift über die bisherigen Verhandlungen der Waffenstillstandskommission ist mir heute zugetragen und wird dem Hause zugehen. Die Verhandlungen in Luxemburg habe ich gar nicht geführt, sondern der Leiter des Reichswirtschaftsamtes. Ueber das Schiffsabkommen haben eingehende Besprechungen mit Schiffahrtstreifen stattgefunden. Die gegenwärtige Behauptung ist eine unerhörte Annäherung. Insgesamt waren in 21 der 30 Sachverständigen anwesend, nur Hugo Stinnes fehlte. (Weiterkeit.) Eine Unterredung der Waffenstillstandskommission unter das Auswärtige Amt wird nicht beabsichtigt und ist nicht möglich. Sie die Verfassung durch, die Sie solche überflüssige Anfragen stellen. (Sehr gut bei der Mehrheit, Unruhe rechts.) Ob durch solche Reden die Stellung der deutschen Unterhändler erleichtert wird, stelle ich Ihrem Urteil anheim. Sie wird mindestens erschwert, wenn unrichtige Behauptungen in aller Welt verbreitet werden. Das bezieht sich auch auf die von dem Abg. Dr. Graefe gestellte Anfrage.

Sie hängt sich auf einen Artikel der „Schleier“, in dem u. a. behauptet ist, daß bei den ersten Verhandlungen der deutschen Waffenstillstandskommission die Entente zu einem entschädigungslosen Frieden bereit gewesen sei, daß aber nach Ausbruch der Revolution noch erklärt habe, dieses neue Datum ändere die ganze Lage. An diesem ganzen Artikel ist nur das eine wahr, daß wir am 7. November die deutsche Front verlassen haben. (Weiterkeit.) Alles andere ist Dichtung. In den Verhandlungen ist vom Frieden und gar von entschädigungslosem Frieden keine Rede gewesen. Es wurden uns sofort die wichtigsten Bedingungen vorgelesen, die am 11. November mit den von uns erreichten Forderungen Gegenstand des Abkommens gewesen sind. Erst am Sonntag, den 16. abends 8 Uhr erreichte mich der Funkspruch der Obersten Heeresleitung, der in 9 Punkten um Wiederrufen ersuchte, aber den ausdrücklich allein bisher nicht veröffentlichten Sach enthält.

Selbst die Durchsetzung dieser Punkte nicht, so ist trotzdem abzuschließen.

Bestimmte Dikt. (Hört!) Ich überlasse es hiernach Ihrem Urteil, ob es richtig war, eine Pressekonferenz von diesem Charakter hier vorzubringen. Im übrigen hat mich General v. Winterfeldt soeben telephonisch ermächtigt, vor der Nationalversammlung zu erklären, daß die Angelegenheit der „Schleier“ von A bis Z erledigt ist. Herr Erzberger ging dann weiter auf die Rede des Abg. Vogler ein und betonte, er wäre ihm dankbar, wenn er im Interesse des deutschen Volkes auch nur einen einzigen politischen Vorstoß gemacht hätte. Bei der Frage der Reparationsfrage gehen wir der Gewalt weichen müssen. Wir haben für die Bereitstellung des Rohmaterials für die neu beschaffenden Maschinen gesorgt. Es ist also alles geschehen, ohne daß wir den klugen Rat des Herrn Vogler hätten einholen müssen. Nun

die Frage der Sachverständigen.

Beim meinen Willen und ohne daß ich befragt worden bin, war zu den Verhandlungen nach Spa Herr Hugo Stinnes entsandt worden. Ich habe seine Abberufung durch mich und im Vertrauen auf mich als unfernen Feinden als Sachverständigen nicht einen Herrn anbieten konnte, der an der Ausarbeitung des Abkommens so hervorragend beteiligt gewesen ist wie Herr Hugo Stinnes. Herr Dr. Vogler hat eine ganze Reihe von Depeschen des Reichs der deutschen Stahlindustriellen vorgelesen; nur von einer hat er und nicht mitgeteilt. Die lautet: „Wenn Hugo Stinnes nicht in Luxemburg als Sachverständiger anwesend wäre, entfielen der Verein überhaupt keine Sachverständigen.“ (Hört, hört! Bewegung und Plurufen.) Unter solcher Terrorismus haben Sie (zu Vogler) die Regierung zu setzen. Aber ich kann Ihnen sagen, Ihre Herrschaft ist vorbei. (Stürmischer Beifall.) Die Interpellanten haben in ihrer Interpellation das stützende Wort von der Auslieferung der deutschen Handelsflotte eingesetzt.

Ich protestiere gegen die Schlagworteragitation.

Es ist nicht wahr, daß das Schiffsabkommen von der Waffenstillstandskommission zu trennen war. Das die Sachverständigen nicht rechtzeitig zur Stelle waren, hat niemand mehr behauptet als ich. Sie konnten aber den Waffenstillstand nicht daran scheitern lassen, daß wir die Schiffe nicht zur Verfügung stellen. Vogler hatte in seiner Rede die nicht ganz unwichtige Tatsache vergessen, daß wir den Krieg verloren haben (Sehr richtig! b. d. Mehrheit), sonst hätte er eine solche Rede nicht halten können. Dem Volke kann man keine Provokation machen, nach dem schweren über vierjährigen Kriege und der Nichterfüllung aller der vielen glänzenden Versprechungen, die von den Beherrschenden des Herrn Vogler gegeben worden sind. (Beifall bei der Mehrheit, Rufe von den Unabhängigen: Von Ihnen auch!) Ich habe dennoch das Vertrauen zu unserem Volke, daß es sich wieder aufrichten wird. Ich glaube an unser Volk und seine Zukunft. (Lebhafte Beifall bei der Mehrheit, Zwischen rechts.)

Auf Antrag des Abg. Dr. Feinze (D. Sp.) wird die Besprechung der Interpellation beschlossen.

Abg. Müller (Breslau, Soa.): Soweit die Interpellation die vermehrte Zulassung von Sachverständigen fordert, unterliegen wir Sie; aber das Reichswirtschaftsamt muß bei ihrer Auswahl äußerst vorsichtig vorgehen. Wenn uns der versprochene Nichtsrieden nicht gewährt und der Gewaltfrieden aufgedrungen wird, so handelt es sich dabei nicht um Deutschland allein, es handelt sich um den Untergang der ganzen europäischen Kultur. (Beifall bei den Soa.)

Abg. Erber (Zentr.): Es war eine schwere, aber auch völlig misslungene Attacke, die wir eben erlebt haben, falls in ihrem Ausgangspunkt, falls in ihren Kampfzwecken, falls in ihren Angriffszwecken. Von dem, was der Begründer der Interpellation zum ersten Punkte, die Sachverständigenfrage, vorgebracht hat, ist nach den Ausführungen des Herrn Staatssekretärs kaum ein Quentchen übrig geblieben, eigentlich nur ein kleiner nebenbeiherlicher Verweis eines Protokolls, und was die angebliche Auslieferung der Handelsflotte anlangt, so zeigt der Wortlaut des einschlägigen Artikels 8 des Abkommens, daß in Angriffen von einer derartigen Nachlässigkeit keine Veranlassung vorliegt. (Sehr richtig!) Und das Ziel der ganzen Attacke? Das ist ja schon gesagt worden: Weg mit Erzberger. Das wäre viel kürzer und einfacher gewesen, als die ganze lange Rede. (Sehr gut!) Wir im Zentrum weisen einen solchen Angriff als durchaus ungerechtfertigt mit aller Entschiedenheit zurück. (Lebhafte Beifall im Zentrum.)

Abg. Bannmann (Demokrat): Auch wir mißbilligen die Ablenkung auf das persönliche Gebiet. Es ist fernerhin, daß ein Vertreter der Schwerindustrie, die einmal auf die Anklagebank hier gehört (Lebhafte Zustimmung links), den Ankläger spielen will. Unter Volk will keine Streitigkeiten im Zentrum. Es fragt und viel mehr, weshalb es weiter hungern und streiken muß, nachdem es die Waffen niedergelegt hat.

Abg. v. Graefe (Deutschl.): Der Reichsminister Erzberger hat die kleine Anfrage meiner Freunde heute schon beantwortet. Das ist ausnahmsweise ein sympathischer Zug von ihm. (Weiterkeit.) Ich muß es aber entschieden zurückweisen, Herr Erzberger, auch wenn Sie in

zwischen die Sella curulis bestiegen haben, einem Abgeordneten vorzutreten zu wollen, wie er den Rednern der kleinen Anfrage lassen will. Als Sie selbst noch lediglich Abgeordneter und weiter gar nicht waren (Weiterkeit rechts), haben Sie die Rechte der Abgeordneten höher eingeschätzt, als jetzt, wo Sie der Glorienzahn des Ministers umhüllt. (Weiterkeit rechts und Unruhe bei der Mehrheit.) Graf Voskowsky hat treffend bemerkt, daß die Bezeichnung Waffenstillstand geradezu ein Scherz für den Zustand der tatsächlichen Unterwerfung, der damit gemeint ist. In der Reichstags-Sitzung im Oktober 1918, als Prinz Max von Baden die Notwendigkeit des Waffenstillstandes begründete, haben alle Parteien des damaligen und jetzigen Reichstages, darunter auch der jetzige Reichspräsident Ebert, erklärt, wir würden keinen Waffenstillstand annehmen, der die völlige Unterwerfung fordere. Tatsächlich wurde sie von uns gefordert. Das Volk mußte nach diesen Reden annehmen, daß ein solcher Waffenstillstand nicht abgeschlossen werden würde. Entweder wäre damals der Aufruf zur nationalen Verteidigung erfolgt, dann wäre freilich der sogenannte Erfolg der Revolution in Frage gestellt und das nationale Gewissen wieder gekränkt worden. (Lachen und Jurus links.) Aber die nationale Verteidigung war nicht mehr möglich. Dann war vor aller Welt bewiesen, daß die Revolution sie unmöglich gemacht hat. (Sehr wahr! rechts, lebhafter Widerspruch links.) Das war wohl der Grund, warum

der tatsächlichen Unterwerfung des Münchens des sogenannten Waffenstillstandes umgehängt wurde.

(Zuruf links: Rudendorff!) Das ist die traurige Situation, in die uns die Politik des Prinzen Max von Baden geführt hat. (Lauter Zuruf links: Ihre Politik! Sehr richtig! links.) Ein Artikel des „Vorwärts“, dem der jetzige Reichspräsident wohl nicht ganz fernsteht, sagt, wir würden voraussichtlich waffenlos, aber deshalb doch nicht wehrlos sein. Ich sage: Herr Reichspräsident, die Rhodus, die salta! Jetzt beweisen Sie, daß wir nicht wehrlos sind. (Sehr laut rechts.) Der Vertreter des Auswärtigen Amtes, der ja neben Herrn Erzberger schließlich auch die Geschäfte zu leiten hat, der Graf Malgouy (Sehr gut! und Weiterkeit rechts), hat ausdrücklich erklärt, er würde niemals einen Frieden der Vergewaltigung annehmen. Da bitte ich doch, das Mittel zu nennen, wie man eine solche Vergewaltigung verhindert. Wer dem Volke solche Versprechungen macht (stürmische Zurufe von der Mehrheit: Wie Sie vier Jahre lang!), der muß zeigen, daß er wenigstens den ersten Versuch macht, seinen Worten Taten folgen zu lassen. Ich habe selbst das alle diplomatische Regime bekämpft, aber die alten Diplomaten waren wenigstens Leute vom Fach (Lachen bei der Mehrheit, Rufe: Graf Vurgurg und Genossen). Alle Freunde kennen sich, ich kenne Herrn Erzberger ganz genau, und wenn er plötzlich über das angebliche Thema schnell hinweggeht, dann weiß ich, daß irgendwas nicht ganz richtig ist. Wenn wir erst die angehängte Denkschrift und dazu persönliche Informationen haben, dann werden wir wohl auch über die mögliche Devisen näheres erfahren, die Herr Erzberger gegen den Abg. Vogler angeführt hat. Im übrigen betone ich, daß im Laufe der Waffenstillstandsverhandlungen seit Beginn vorhanden gewesen ist, Sachverständige zu hören. Deshalb steht Herr Erzberger die Entziehung, mit der er die Stimme des Volkes hier zurückweist (Lachen links), schlecht an. Wenn schon jetzt 21 Hochrufen angehängt werden, so trifft das insbesondere die deutsche Arbeiterschaft. Auch wir sind uns der Schwere der Verantwortung bewußt, aber gerade der Reichspräsident Scheidemann hat doch gesagt, daß der Tag kommen könnte, wo wir kein Lager mehr hätten. Worauf wartet man denn noch? Man verzieht uns ja heute schon den Todesstoß. Wenn wir alles ruhig hinnehmen, dann lachen uns die Feinde aus und wir schwächen die Stellung Wilsons.

Ministerpräsident Scheidemann:

Die Rede des Herrn v. Graefe ist mir vorgekommen, wie das berühmte Posthorn, das eingetrotzen war und später wieder aufblaute. Herr v. Graefe sprach, wie wenn wir noch in den Zeiten lebten, wo er und seine Freunde die wüsten Kriegesreden gehalten haben. Wir haben die Verantwortung, die letzten Bedingungen der Feinde nicht zu unterzeichnen, in diesem Augenblicke nicht übernehmen können. (Zustimmung bei der Mehrheit.) Ueber die Darstellung des Herrn v. Graefe über den ersten Abschluß des Waffenstillstandes gehe ich mit einer Handbewegung hinweg. Der Zusammenbruch ist gekommen, weil das Volk vier Jahre lang in argster Weise mißhandelt worden ist. Das alte System war total jermorcht und verfallen. Wir hätten zu diesem furchtbaren Kriegesende nicht kommen brauchen, und deshalb haben wir schon Anfang 1915 unsere Stimmen für einen Frieden der Verständigung erhoben. Es ist da leider soweit gekommen, daß wir, dank der Politik der vereinigten Schwerindustrie, der Rüstungs- und Rudendorffs, zusammenbrechen mußten. Sie tragen ein gerütteltes Maß an Schuld daran, das wiederholte ich. (Zuruf des Abg. v. Graefe: Sie sahen in der Regierung, nicht ich!) Ich erlaube nur eine Politik der Vorsicht, wenn ich feststelle, daß Sie der

Politik des Prinzen Max von Baden

Unrecht tun. Der Prinz hat auch bei Kriegsende keine Rolle gespielt, die ihm nicht zur Ehre gereichte. Es tut mir leid, daß ich auch in dieser Stunde noch nicht die ganze Wahrheit sagen darf. Nur gegenüber Herrn v. Graefe hätte ich es gern getan. Nur das eine will ich Ihnen sagen: hätten Sie an Ihre eigene Nase und denken Sie an Rudendorff. Glauben Sie, Sie hätten bessere Bedingungen herausgeholt? Wären Sie zu Fuß gekommen, wir wären einfach zum Teufel gelangt worden. Ihre Rolle ist ausgepielt. Daran müssen Sie sich gewöhnen. Die Demokratie ist in Deutschland so fest verankert, daß Ihre Zeit endgültig vorbei ist.

Reichsminister Erzberger:

Herr v. Graefe ist der Auffassung, durch die Waffenstillstandsabkommen hätten wir bestimmte Punkte Wilsons aufgegeben. Das ist eine Behauptung, aber kein Beweis. (Sehr richtig! Widerspruch und Zuruf: Polen!) Noch unerörtert ist es, wenn Herr v. Graefe hier auftritt und unsere Feinde geradezu aufstacheln, um die Handelsflotte wegzunehmen. Das ist nicht die Stimme eines Vertreters des deutschen Volkes, sondern einer Desperadopolitik. (Beifall und Zustimmung.) Herr v. Graefe meint, ich hätte das neue Abkommen nicht unterzeichnen sollen. Glauben Sie mir: Ich habe mir die Frage sehr eingehend überlegt mit allen ihren Konsequenzen. Aber ich kann nur sagen, eine Politik des Burleskes mache ich nicht mit. (Lebhafte Beifall.) Die Härte der Bedingungen verurteile ich ebenso stark wie Sie (noch rechts), aber ich behaupte: Ueber die 14 Wilsonschen Punkte ist damit nicht hinausgegangen worden.

Was hätten wir erreicht, wenn wir nicht unterzeichnet hätten?

Dann hätte Clemenceau triumphiert; denn damit wäre die ihm lästige Last der 14 Punkte Wilsons beiseite geworfen, und zwar durch unsere Schuld. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Haase (Unabh.): Auch die Mehrheitsparteien und die Rechtssozialisten waren nicht unschuldig an der Kriegspolitik. Das Volk in seiner Masse will den Frieden. Wir sind nicht in der Lage, der alten Abenteuerpolitik eine neue hinzuzufügen. (Beifall bei den Unabhängigen.)

Abg. Dr. Stresemann (D. Sp.): Der Kern der Interpellation ist nicht weg mit Erzberger, sondern Weg mit der Souveränität des Reichstages und der Waffenstillstandskommission und seine Unterwerfung unter das Auswärtige

Amt. Die Gefahr der Auslieferung unserer Flotte wird nicht nur von dem Interpellanten an die Wand gemalt, sondern sie ist schon in den weitesten Kreisen des Volkes und in einem großen Teil der deutschen Presse zum Ausdruck gebracht worden. Die Zeit für die Entscheidung der Frage, wer die Schuld am Zusammenbruch trägt, ist noch nicht gekommen. Ich darf aber daran erinnern, daß kein Einzelner wie Herr Erzberger den Frieden von Brest-Litowsk verurteilt hat.

Reichsminister Erzberger:

Ich habe das nur getan unter der Voraussetzung, daß dabei in vollem Umfange das Selbstbestimmungsrecht der Völker gewahrt werde, und das ist leider nicht geschehen.

Reichsminister Dr. David:

Das Schicksal an der heutigen Interpellation ist, daß sie von den Männern ausgeht, die die Schuld an unserem ganzen Jammer trifft. Herr Stresemann gehört in erster Linie dazu. Wenn draußen der Eindruck erweckt wird, daß Sie (zur Mehrheit) noch einen maßgebenden Einfluß haben, so könnte uns das in der Weltpsychologie außerordentlich schaden. (Beifall bei der Mehrheit.)

Damit schließt die Besprechung.

Es folgen noch kurze persönliche Bemerkungen des Abg. v. Graefe (Deutschl.) und des Reichsministers Erzberger, der in diesem Falle als Abgeordneter spricht, so daß durch seine Wortmeldung die Beratung nicht wieder eröffnet wird.

Schluß der Sitzung 18 Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 2 Uhr nachmittags. (Erst eventuell zweite Beratung des Gesetzentwurfs zur Abänderung der Verordnung betr. Rückgabe in Belgien und Frankreich weggenommener Betriebseinrichtungen, Fortsetzung der Besprechungen über die Erklärungen der Reichsregierung in Verbindung mit dem Nachtragsetz.)

Berlin, 18. Febr. Ueber das neue Waffenstillstandsabkommen wird erst die Nationalversammlung eudämonisch entscheiden. Wenn das Telegramm an Erzberger, das ihn zur Unterzeichnung des Abkommens ermächtigt, nur von Herrn Scheidemann unterzeichnet war, so ist damit gesagt, daß nur dieser die Verantwortung dafür trägt. Der Erlass Scheidemanns beruht auf Beschluß des ganzen Kabinetts unter Einwirkung der Fraktionsführer. Nur die Führer der Rechten waren daran nicht beteiligt.

Berlin, 18. Febr. Weitere energische Proteste und Gebungen gegen die kapitalistischen Waffenstillstandsbedingungen sind der Reichsregierung von politischen Vereinen und bürgerlichen Verbänden folgender Plätze zugegangen: Arnstadt, Galmsee, Lüneburg, Sangerhausen, Tahlhausen a. d. H., Fährtenwalde, Ymenau, Nordhausen, Straßburg i. d. Uckerm., Neustadt i. S., Döbeln, Prenzlau, Graben, Uterzen, Holsheim, Stollberg i. Erg.; und Rudolfsgraben a. Rh. Der neuen deutschen Volksregierung wird mehrfach versichert, daß sie bei Abwehr der feindlichen Vergewaltigungspläne das deutsche Volk geschlossen hinter sich hat.

Gesetzentwürfe für die Nationalversammlung.

Von unfernen nach Weimar entsandten Mitarbeiter.

Weimar, den 18. Februar. Der Nationalversammlung ist der Entwurf eines Gesetzes über die Aenderung der Verordnung über die Rückgabe der in Belgien und Frankreich weggenommenen Betriebseinrichtungen zugegangen. Aus der Begründung ist folgendes hervorzuheben: Die deutsche Waffenstillstandskommission hat die Verpflichtung übernommen, die in Belgien und Frankreich beschlagnahmten, nach Deutschland überführten Betriebseinrichtungen auf Verlangen unserer Gegner zurückzugeben. Demgemäß hat die Reichsregierung eine Verordnung über die Rückgabe der in Belgien und Frankreich weggenommenen Betriebseinrichtungen erlassen. In § 1 dieser Verordnung ist für die Anmeldezeit dieser Betriebseinrichtungen eine Frist bis 30. Februar 1919 gesetzt. Die Nichtanmeldung ist unter Strafe gestellt. Die Reichsentscheidungskommission war bisher nicht in der Lage, nähere Bestimmungen über die Art der Ablieferungen zu treffen; deshalb wird in dem Gesetz bestimmt, daß der Tag, an dem die Anzeige der betreffenden Betriebseinrichtungen zu erfolgen hat, vom Reichsministerium festgesetzt wird.

Der Nationalversammlung ist weiter zugegangen der Entwurf eines Gesetzes über die Gewährung einer Entschädigung an die Mitglieder der Deutschen Nationalversammlung. Danach erhalten die Mitglieder der Nationalversammlung: 1. für die Dauer der Versammlung, sowie acht Tage nach deren Schluß freie Fahrt auf den deutschen Eisenbahnen, sowie 2. vom 1. Febr. 1919 ab eine Aufwandsentschädigung von monatlich 1000 Mark, die an jedem Monatsersten im voraus zu zahlen ist. Für jeden Tag, an dem ein Mitglied der Nationalversammlung der Vollstreckung ferngeblieben ist, wird von der Entschädigung ein Betrag von 30 Mark abgezogen. Tritt ein Mitglied der Nationalversammlung nachträglich ein oder scheidet es vorzeitig aus, so ist die Entschädigung nach der Dauer seiner Zugehörigkeit zur Nationalversammlung zu bemessen. Ein Verzicht auf die Aufwandsentschädigung ist unzulässig. In der Begründung heißt es, daß auch benachteiligte Mitglieder, welche durch ihre Teilnahme an den Ausschüssen an Orten der Versammlung ferngehalten werden, außer der laufenden Aufwandsentschädigung ein besonderes Tagegeld zu bewilligen sei.

Weimar, 18. Febr. Der Gesetzentwurf der Reichsregierung gegen die spartakistischen Verbrechen liegt dem Reichskabinett zur Beschlußfassung vor. Der Gesetzentwurf bringt keine Unterdrückung der kommunistischen Propaganda, sondern lediglich ein strafrechtliches Verbot der Aufforderung zu Gewalttaten und Verbrechen, Organisationen, welche zu Gewalttätigkeiten und Verbrechen spartakistischer Richtung auffordern bzw. solche vorbereiten, sollen nicht zugelassen werden.

Rudendorff-Rathenau und die Waffenstillstandskommission.

Berlin, 18. Febr. (Eig. Drahtmeld.) Wie wir unverkennbar hören, wird die Waffenstillstandskommission auch künftig nicht dem Auswärtigen Amt unterstellt werden. Jedoch hat sich der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf Rudendorff bei Oberleitung über die Verhandlungen vorbehalten. In allen entscheidenden Fragen wird natürlich die Nationalversammlung befragt werden.

Kapitän z. S. Banselew.

Berlin, 18. Febr. Von verschiedenen Blättern ist die Nachricht gebracht worden, Kapitän z. S. Banselew habe kein Amt in der Waffenstillstandskommission niedergelegt, weil er das Vorgehen des Reichsministers Erzberger für katastrophal in bezug auf die militärischen und wirtschaftlichen Interessen Deutschlands halte. Diese Nachricht ist falsch. Kapitän z. S. Banselew ist zurzeit Vertreter des Vorsitzenden der Waffenstillstandskommission und dem Kapitän Banselew nicht befehligt. Vielmehr ist die falsche Nachricht dadurch entstanden, daß beabsichtigt wird, die Angelegenheiten der Kriegsmarine in andere Hände zu legen. (Nun, des B. L. B.: Der Widerspruch zwischen den beiden Meldungen läßt sich zur Stunde nicht aufklären.)

Die deutsche Reichsfarbe.

Von unfernen nach Weimar entsandten Mitarbeiter. Weimar, 18. Febr. In den Beratungen zwischen der Reichsregierung und dem Staatspräsidenten ist beschlossen worden, schwarz-rot-gold als Reichsfarbe zu wählen.

St. 49 Mittw. 19. Februar 1919